



Es wird regiert, als wäre nichts passiert

Für Ministerpräsident
Michael Kretschmer (CDU)
muss Deutschland
„seine Regeln ändern“



*Der Minister-
präsident von
Sachsen in
seinem Büro in
Dresden*



Der sächsische Verfassungsschutz hat am Freitag den Landesverband der AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft. **Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer** (CDU) mahnt die Bundesregierung zu einem grundsätzlichen Kurswechsel, andernfalls könne die AfD der große Sieger des Wahljahres 2024 werden.

VON NIKOLAUS DOLL

WELT AM SONNTAG: Herr **Kretschmer**, 2024 ist nicht nur das Jahr der Europawahl, sondern es stehen auch im Osten drei Landtagswahlen an. Die AfD liegt in Ostdeutschland nach jüngsten Umfragen bei 32 Prozent, die CDU kommt auf 24 Prozent. Wie kann man verhindern, dass die AfD weiteren Zulauf erhält?

MICHAEL KRETSCHMER: Gut regieren, gut kommunizieren. Ich finde es schon frapierend, dass nach dem Sieg des AfD-Kandidaten im ersten Wahlgang bei der Landratswahl im thüringischen Sonneberg die Medien exakt die Gründe dafür beschrieben haben: die Kritik an der Migrations- und Energiepolitik, am Heizungsgesetz, am Kurs Deutschlands im Ukraine-Krieg, an einer übergriffigen Politik, die die Menschen bevormundet. Dazu kommt die Tatsache, dass der ländliche Raum keine Rolle für die Ampel-Koalition spielt. Nach der großen Aufregung wird in Berlin weiterregiert, als wäre nichts passiert. Wenn die Ampel so weitermacht, werden wir dies 2024 bei der Europawahl spüren.

Selbst wenn die Koalition jetzt umsteuert, ändert sich doch grundlegend nichts mehr bis zu den Landtagswahlen. Die großen Herausforderungen lassen sich doch nicht kurzfristig meistern, um damit die Stimmungen im Osten zu drehen.

Das stimmt nicht. Wir haben gesehen, dass beispielsweise die Rücknahme der Gaspreismulde sofort zu einem Stimmungsumschwung geführt hat. Schlagartig hörten die Demonstrationen auf. Das war wie das Öffnen eines Ventils. Wenn die Bundesregierung jetzt zeigen würde, dass sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts respektiert und danach handelt, wenn sie umsteuert bei der Migrations- oder Energiepolitik, könnte das die Stimmung grundlegend ändern. Die Leute, die jetzt AfD wählen oder sagen, dass sie es tun würden, sind nicht alle Rechtsextreme. Die meisten sind Protestwähler aus dem Mittelstand, die wir wieder in die de-

mokratische Mitte holen müssen.

Für viel Unmut sorgt auch die Haushaltskrise. Finanzminister Christian Lindner (FDP) sperrt sich dagegen, auch für 2024 eine Notlage zu erklären und damit die Spielräume im Bundesetat zu vergrößern. Aber haben wir nicht längst eine Notlage?

Das Grundgesetz sieht vor, dass eine Notlage beispielsweise bei einer Flut wie im Ahrtal oder anderen Naturkatastrophen erklärt werden kann. Die jetzige Situation ist allerdings keine Naturkatastrophe, sondern sie ist politisch verschuldet. Die Bundesregierung hat zwei Jahre eine falsche Wirtschaftspolitik betrieben. Nun schmieren die Unternehmen ab und die Sozialkosten explodieren. Dadurch ist der gesamte Bundeshaushalt in einer Schiefelage. Wenn wir jetzt die wirtschafts- und finanzpolitische Richtung nicht grundlegend ändern, ist jeder Euro, den wir in den Haushaltstopf werfen, sinnlos und erzeugt nichts anderes als immer höhere Schulden.

Sie haben unlängst gesagt, die Union stehe bereit, mit der Ampel-Koalition über „Veränderungen“ der Schuldenbremse zu sprechen. Was haben Sie damit gemeint?

Wir dürfen als CDU nicht zusehen, wie diese Bundesregierung das Land auf den Abhang zusteuert. Wenn es der Koalition ernst damit ist umzusteuern, auch zu sparen, werden wir konstruktiv daran mitwirken.

Was meinten Sie damit konkret?

Ich möchte, dass wir den Pakt für Deutschland, den uns der Bundeskanzler am 6. September vorgeschlagen hat, wirklich eingehen. Die Union steht da-

zu bereit. Dafür muss sich die Bundesregierung ehrlich machen und eingestehen, welche Fehler zu einer solchen Schiefelage geführt haben. Als Erstes muss dabei die Energiepolitik auf die Agenda.

Wir sind gerade beim Haushalt.

Das hängt alles miteinander zusammen. Der Haushalt fliegt uns auch deshalb um die Ohren, weil die Energie- wende der Ampel gescheitert ist. Wir versenken Milliarden in den Umbau der Energieversorgung, und das Ergebnis ist mehr als mager. Wir brauchen eine grundlegende Überarbeitung der Energiepolitik. Das Ziel muss sein: Die Preise müssen runter. Preiswerte Energie ist die Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit. Die CDU steht zur Verfügung, über die vorhandenen Atomkraftwerke zu sprechen, über die

Braunkohle und darüber, wie wir in den kommenden Jahren Alternativen zu russischem Gas erschließen. Wir sind bereit zu Gesprächen über die Nutzung von heimischem Gas und natürlich über den Ausbau der erneuerbaren Energien. In dieser Situation sollte die Ampel endlich auf Grün schalten.

Der Kanzler hat klar signalisiert, dass er keinen Pakt mit der Union will.

Nun, er ist der Bundeskanzler, und auf dem Papier verfügt er über eine Mehrheit im Deutschen Bundestag. Allerdings wird auch er nicht länger die Augen davor verschließen können, dass die Ampel-Politik zu Wohlstandsverlust führt, zur Abwanderung von Unternehmen, zu beschleunigter Deindustrialisierung und zur Spaltung der Gesellschaft. Die De-facto-Absage von Olaf Scholz an einen gemeinsamen Deutschlandpakt war vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Jetzt haben wir eine andere, eine deutlich angespanntere Lage. Durch Einsparungen muss ein Milliardenloch gestopft werden. Vorschläge zur Bewältigung haben wir in der CDU genug: Wenn beispielsweise eine Million mehr Bürgergeldempfänger arbeiten würden, könnten pro Jahr 30 Milliarden Euro gespart werden. Für Maßnahmen, die dazu führen, stehen wir bereit, aber nicht dafür, die Schuldenbremse aufzuweichen.

Wie wollen Sie eine Million Empfänger des Bürgergelds in Arbeit bringen?

Wer nicht arbeiten kann, soll selbstverständlich Unterstützung vom Staat bekommen. Wer es aber kann, soll keine oder allenfalls stark gekürzte Leistungen erhalten. Außerdem muss die Schere zwischen Mindestlohn und Bürgergeld wieder deutlich größer werden.

Durch einen höheren Mindestlohn oder geringere Bürgergeldsätze?

Durch beides. Bislang hatte eine Mindestlohnkommission die Sätze festgelegt, bis die Ampel eingegriffen und das Verfahren parteipolitisch ausgerichtet hat. Das war ein Fehler, der korrigiert werden sollte. Die Kommission muss ohne Einflussnahme durch die Bundesregierung arbeiten können. Es stellt sich auch die Frage, ob Migranten, die zu uns kommen, aber nur geringqualifiziert sind, auch unterhalb der Mindestlohnsätze beschäftigt werden können. Mit der Möglichkeit aufzustocken. Und natürlich ist die Erhöhung des Bürgergelds Gift. Ich bin mit Finanzminister Christian Lindner völlig einer Meinung, dass es diese Erhöhung nicht geben darf. Von den ukrainischen Flüchtlingen in Deutschland arbeiten 19 Prozent. In anderen EU-Ländern sind es 60 bis 70 Pro-



zent. Wir haben insgesamt vier bis fünf Millionen Bürgergeldempfänger, aber gleichzeitig 700.000 offene Stellen, die nicht besetzt werden. Da merkt doch jeder, dass da was nicht stimmt.

Sollten Flüchtlinge aus der Ukraine weiter Bürgergeld bekommen?

Dazu hatte Sachsen immer eine kritische Einstellung. Spätestens jetzt ist klar, dass das geändert werden muss. Wer neu aus der Ukraine zu uns kommt,

sollte keine Leistungen mehr auf Basis des Bürgergelds erhalten. Das ist ein Fehlanreiz. Auch dieser sogenannte Job-Turbo ist absurd. Warum sollten sich Menschen beispielsweise aus der Ukraine anders verhalten als Deutsche? Ich mache den Ukrainern keinen Vorwurf, dass sie staatliche Hilfe beanspruchen. Deutschland muss seine Regeln ändern. So wird das nichts mit Deutschland als Zuwanderungsland.